

November.
 158; Brau-
 160; Hafer
 20,00 bis
 1,00; Viktoria-
 14 bis
 12,90;
 35 R.M. für
 nd.
 obst (gemischt)
 zurück. Für
 R.M. bezahlt.
 verlangt. Das
 Sorten unter-
 noch nicht, das
 Buchau a. S.:
 11-18 R.
 lingen: Milch-
 lingen: Milch-
 Tulllingen:
 12,50 bis
 M.
 nicht an den
 für jene noch die
 Die Schriftlig.
 ilage
 November
 im
 Calw
 ses, der frühere
 h
 für Volk
 d"
 den jedermann
 partei
 alw
 uften, sondern
 en fühlen,
 pack".
 Bürger wählen
 Sonntag
 uppe
 ein
 r
 C"
 schwarzer Hund
 uns zugekauft.
 zuholen gegen
 umgebühren inner-
 halb 8 Tagen
 ttinger, Zwinger 26

Erkennungswiese:
 Täglich mit Ausnahme
 der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
 a) im Anzeigenteil:
 die Seite 20 Goldpfennige
 b) im Reklameteil:
 die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
 kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
 kann keine Gewähr
 übernommen werden

Gerichtstand
 für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
 In der Stadt 35 Goldpfennige
 wöchentlich mit Trägerlohn
 Post-Bezugspreis 35 Gold-
 pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
 annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
 besteht kein Anspruch auf Lieferung
 der Zeitung oder auf Rückzahlung
 des Bezugspreises

Genossenschaft Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
 Friedrich Hans Scheele
 Druck und Verlag
 der A. Oelschläger'schen
 Buchdruckerei

Nr. 259

Freitag, den 4. November 1932

Jahrgang 105

Reichskabinett vertagt Kontingent-Entscheidung Getreidepreisstützung beschlossen — Noch keine Einigung über die Handelspolitik?

II. Berlin, 4. November. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung befaßte sich in ihrer Kabinettsitzung vom 2. und 3. November mit Agrarfragen. Sie ist der Auffassung, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden muß. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaus erforderlich, sondern auch, um einen Zusammenbruch der Wirtschaft, die Gefährdung der bisher für den Osten angewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebiets zu verhindern. Die Regierung hat daher die hierzu erforderlichen Maßnahmen beschlossen.

Die Reichsregierung hält es für ebenso dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten. Sie hat demgemäß der Kontingentierung der Buttereinfuhr auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abreden ihre Zustimmung erteilt. Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft verhandelt hat. Die Reichsregierung hat veranlaßt, daß das besonders reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, unverzüglich gesichtet und bearbeitet wird. Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

Vorbereitung der Reichsratsstagung

Im großen Reichsratsitzungsaal trat am Donnerstag der Ausschuß des Reichsrats für Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen zusammen. Den Vorsitz führte Reichsminister von Gayl, der in Begleitung des Staatssekretärs Zweigert, des Ministerialdirektors Gottheimer und verschiedener anderer seiner Beamten erschienen war. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren Bredt und Badt anwesend. Außer den Vätern, die durch ihre Hauptvollmächtigten vertreten waren, waren auch die Vertreter der Provinzen vollständig erschienen.

Die Sitzung des Ausschusses dauerte etwa 1 Stunde. Wie wir hören, beschäftigte sich der Ausschuß mit der Geschäftslage des Reichsrates. Im Anschluß daran fand noch eine interne Besprechung der Hauptvollmächtigten der Reichsratsmitglieder statt.

Entspannung zwischen München und Berlin Ministerpräsident Held lenkt ein — Braun ruft den Reichspräsidenten an

II. Berlin, 4. Nov. Von maßgebender Seite des Reiches wird erklärt, daß die Reichsregierung die Erklärungen Helds nicht als eine Sensation empfinde. Zur Sache selbst wird folgendes bemerkt: Die Reichsregierung sei sich mit der bayrischen Regierung einig, daß die Reichsreform nicht auf Grund des Artikels 48 und auch nicht mit Gewaltmaßnahmen in Angriff genommen werden könne. Das müsse ausdrücklich festgestellt werden. Der bayerische Ministerpräsident habe selbst hervorgehoben, ihm sei gesagt worden, daß ihm der Entwurf zur Reichs- und Verfassungsreform vor der endgültigen Entscheidung des Reichskabinetts vorgelegt werden solle. Die Reichsregierung stelle fest, daß sie ihre Zusagen gehalten habe und halten werde. Es gebe keinerlei Maßnahmen, die die Verfassung angetastet oder die Struktur des Reiches geändert hätten. Es handle sich lediglich darum, die Politik des Reiches und Preußens in einheitliche Bahnen zu lenken. Hiernach werde auch in Zukunft verfahren. Was die Behauptung des bayrischen Ministerpräsidenten angehe, daß die Münchener Regierung im Unklaren über die Absichten der Reichsregierung gelassen worden sei, so müsse festgestellt werden, daß der Gesandte Bayerns in Berlin, v. Preger, durch Staatssekretär Pland eine eingehende Darstellung der bevorstehenden Maßnahmen erhalten habe. Hiervon habe Ministerpräsident Held sehen können, daß es sich nicht um eine organische Vereinigung von Reichs- und Länderministerien handle. Der Gesandte v. Preger habe diese Auskünfte auch nach München weitergeleitet. Wenn Ministerpräsident Held am Schluß seiner Ausführungen betont habe, daß die Möglichkeit einer Verständigung auch heute nicht ausgeschlossen sei, so stimme die Reichsregierung hiermit durchaus überein. Nur sei nach Ansicht der Reichsregierung der vom Ministerpräsidenten Held eingeschlagene Weg nicht geeignet, eine solche Verständigung zu fördern.

tigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung statt, in der über das weitere Verhalten der Länder beraten wurde. Sowohl die Beratungen des Reichsratsausschusses als auch die interne Besprechung der Ländervertreter waren streng vertraulich. Es ist in Aussicht genommen, die nächste Ausschusssitzung am 11. November stattfinden zu lassen.

Burgfriede nach den Wahlen

Keine politischen Versammlungen vom 6. bis 19. November.
 Amtlich wird aus Berlin mitgeteilt: Der Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltage in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 6. bis 19. November 1932 befristet.

Zweck dieses Verbotes ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt, und daß den Polizeibeamten, an deren Dienst die letzten Wochen erhöhte Ansprüche gestellt haben, eine Ruhe- und Erholungsperiode gegönnt werde.

Einnahmen und Ausgaben des Reiches

II. Berlin, 4. Nov. Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, betragen die Einnahmen im ordentlichen Haushalt im September 1932 insgesamt 587 Mill. R.M., darunter Steuern, Zölle und Abgaben 547,8 Mill. R.M. Die Ausgaben betragen in derselben Zeit 568,8 Mill. R.M., darunter Steuerüberweisungen an die Länder 122,8 Mill. R.M., Versorgungs- und Ruhegelder einschl. der Kriegsbeschädigtenrenten 107,8 Mill. R.M. Die Mehreinnahmen im September betragen somit 20,4 Mill. R.M. Im außerordentlichen Haushalt betragen die Ausgaben im September 1,1 Mill. R.M., während Einnahmen nicht zu verzeichnen waren.

In den ersten sechs Monaten des laufenden Rechnungsjahres ergibt sich im ordentlichen Haushalt ein Bestand (Mehreinnahme) von 99,3 Millionen R.M. Die Einnahmen betragen in den Monaten April bis September einschließlich 3729,8 Mill. R.M., die Ausgaben 3630,3 Mill. R.M. Im außerordentlichen Haushalt ergibt sich in derselben Zeit eine Mehrausgabe von 12,3 Mill. R.M.

Zu der von maßgebender Seite des Reiches veröffentlichten Erklärung, die bayrische Gesandtschaft in Berlin sei über die letzten Maßnahmen des Reiches gegenüber Preußen vollständig und rechtzeitig unterrichtet worden, wird von zuständiger bayrischer Stelle eine Mitteilung herausgegeben, die sich mit der von der „Bayrischen Staatszeitung“ gegebenen Gegenüberstellung im wesentlichen deckt. Zum Schluß heißt es, es ergebe sich unzweifelhaft, daß die Bayrische Staatsregierung nicht vor der Beschlussfassung des Reichskabinetts, sondern erst nachher informiert worden ist. Die Information der bayrischen Staatsregierung erfolgte erst auf Drängen und Vorstellungen der bayrischen Staatsregierung hin, nicht aus eigener Initiative der Reichsregierung.

Ein versöhnlicher Schritt des bayerischen Ministerpräsidenten Held in Berlin.

Wie aus München verlautet, hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Held bei der Reichsregierung Schritte unternommen, die geeignet sind, eine wesentliche Entspannung der Lage herbeizuführen.

Braun ruft Hindenburgs Vermittlung an

II. Berlin, 4. Nov. In einer vom preussischen Staatsministerium einberufenen Pressebesprechung teilte der preussische Ministerpräsident Braun mit, daß er heute einen Brief an den Reichspräsidenten richten werde, in dem er offen darlegen werde, daß entgegen der in der letzten Besprechung beim Reichspräsidenten zum Ausdruck gekommenen Erwartung der Reichskommissar in Preußen nicht gewillt sei, das Urteil des Staatsgerichtshofes loyal durchzuführen, sondern mit den kleinlichsten Mitteln bestrebt sei, das preussische Staatsministerium an der Ausübung der ihm in Leipzig zugesprochenen Amtspflichten zu verhindern.

Tages-Spiegel

Die Reichsregierung hat die Entscheidung über die Kontingentierungspolitik bis nach den Wahlen vertagt. Wie verlautet, sollen die Berichte der Kontingentierungskommission diesen Aufschub bewirkt und erneut Meinungsverschiedenheiten über den handelspolitischen Kurs innerhalb des Kabinetts hervorgerufen haben.

Zwischen München und Berlin ist eine Entspannung eingetreten, nachdem Ministerpräsident Held sich zum Einlenken bereit erklärt hat.

Reichskanzler von Papen spricht heute abend im Rundfunk über alle Sender zur Lage.

Der Reichspräsident hat ein Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen vom 6. bis 19. November erlassen.

Der preussische Ministerpräsident Braun wird heute an den Reichspräsidenten wegen der Durchführung des Leipziger Urteils appellieren.

Das Kriegsgericht in Kiel hat den Kommandanten der „Niobe“, Kapitänleutnant Kuhfus, freigesprochen.

Es liege an dem Reichspräsidenten, dafür Sorge zu tragen, daß das Leipziger Urteil nunmehr endlich loyal ausgeführt werde und den Reichskanzler zu veranlassen, den Boden der Verständigung zu betreten. Das preussische Staatsministerium bedauere, daß es andernfalls gezwungen sein werde, noch einmal den Leipziger Staatsgerichtshof anzurufen.

Der Berliner Verkehrsstreik ungefährlich

Schiedspruch für verbindlich erklärt.
 II. Berlin, 4. Nov. In einer Unterredung mit dem Polizeipräsidenten Melcher, Polizeikommandeur Oberst Potem, Regierungsdirektor Kretschmar und den zuständigen Regierungsstellen wurde von Seiten der Regierung die Ansicht vertreten, daß es sich bei dem Berliner Verkehrsstreik um einen ungefährlichen Streik handle, gegen den ein energisches Vorgehen gerechtfertigt sei. In Auswirkung dieser Unterredung wurden im Laufe des Donnerstags vor mehreren BVG-Bahnhöfen Streikposten verhaftet und der politischen Polizei zugeführt.

In der BVG-Streitfrage wurde gestern abend folgender Schiedspruch gefällt: Die Löhne werden für alle Kategorien mit Ausnahme der Fahrkartenausgeberinnen um 2 Pfg. gekürzt. Das Lohnabkommen gilt bis 31. Dezember 1932 mit vierwöchentlicher Kündigung. Der Mantelarif wird bis zum 31. März 1933 verlängert. Die Gewerkschaften lehnten diesen Schiedspruch ab. Die BVG hat ihn angenommen. Der Schlichtungsausschuß für Groß-Berlin hat den BVG-Schiedspruch für verbindlich erklärt. Die BVG wendet sich nunmehr in einem platatierten Aufruf an sämtliche Arbeitnehmer mit der Aufforderung, die Arbeit bis spätestens Freitag, den 4. November, mittags 2 Uhr wieder aufzunehmen, widrigenfalls die fristlose Entlassung erfolgt.

52 kommunistische Funktionäre in Berlin festgenommen.
 Im Zusammenhang mit dem wilden Streik bei der BVG nahm die Polizei am Donnerstag abend die Berliner Bezirksleitung der KPD (Industriegruppe, Gemeinde und Verkehr) fest. Die Mitglieder der Gruppe befanden sich in einer Versammlung, die den Zweck hatte, einen Sympathiestreik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke anzuzetteln. Insgesamt wurden 52 Funktionäre festgenommen.

Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen in Genf

Das Büro der Abrüstungskonferenz zusammengetreten.
 II. Genf, 4. November. Das Büro der Abrüstungskonferenz trat am Donnerstag als Auftakt für die Ende November wieder einsetzenden großen Verhandlungen im Hauptausschuß unter dem Vorsitz von Henderon zu einer Tagung zusammen. An der Tagung nehmen die 14 im Büro vertretenen Mächte, darunter sämtliche europäischen Großmächte, die amerikanische und die sowjetrussische Regierung teil. Präsident Henderon teilte mit, daß Paul-Boncour in einer ausschließlich hierfür gemieteten Sonder Sitzung heute vormittag einen eingehenden mündlichen Bericht über den neuen französischen Abrüstungsvorschlag erstatten werde. Henderon wies sodann darauf hin, daß 46 Staaten die Verlängerung des Rüstungsfeierjahres um 4 Monate vom 1. November bis zum 1. März nächsten Jahres angenommen hätten. Einige Mächte jedoch hätten die Verlängerung von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht.

Zerrüttete Finanzen der Gemeinden

In den letzten Wochen, wo ein erneuter Wahlkampf mit seinen bedauerlichen Begleiterscheinungen die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit auf sich lenkte, vollzog sich abseits vom Tagesstreit eine Entwicklung, die bei den maßgebenden Stellen wachsende Besorgnis und sogar Befürchtung hervorgerufen hat: die plötzlich katastrophal gewordene Finanzlage der Gemeinden. Schon die Kundgebungen der diesjährigen Städtetage, erst recht die bereits im August einsetzenden Proteste süd- und mitteldeutscher Kommunalbehörden, denen zum Herbstbeginn zahlreiche Hilferufe anderer Gemeinden folgten, ließen erkennen, daß der bevorstehende Winter an die städtischen Finanzen Ansprüche von noch nie dagewesenen Ausmaßen stellen würde. Diese außergewöhnliche Belastung entstand keineswegs durch ein Verschulden der örtlichen Verwaltung. Gerade die Kommunalpolitik hat sich schon seit längerer Zeit dem Zwang zur Sparsamkeit angepaßt. Die Ursachen der heutigen Finanznot liegen daher auf anderem Gebiete: dem der Wohlfahrtspflege. Seitdem das Reich, das den Gemeinden lediglich beschränkte Wohlfahrtsdotationen zubilligt, den Kommunalbehörden die Fürsorge eines großen Teils der Erwerbslosen überlassen hat, zeigt sich in fast allen Orten Deutschlands das gleiche Bild: die Kassen werden leerer und die Verschuldung wird größer.

Der Ernst der Lage erfordert eine objektive, jeglichen Parteiprejudiz vermeidende Beurteilung dieser Zustände. Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß Millionen Arbeitslose, die keinen Anspruch mehr auf „Stempelgelber“ haben, sogenannte Wohlfahrtsunterstützungen erhalten. Diese Beträge, die vornehmlich den Gemeinden zur Last fallen, sind für den Einzelnen zwar recht gering, aber immer noch besser als überhaupt keine Unterstützung. Die Aufrechterhaltung dieser Fürsorge sichert am ehesten die öffentliche Ruhe und Ordnung. Jede Gefährdung dieser Wohlfahrtspflege würde daher für Staat und Wirtschaft schlimmste Folgen verursachen. Die Notrufe zahlreicher Gemeinden haben unter diesen Umständen nicht nur örtliche, sondern allgemeine Bedeutung. Das gilt insbesondere für den zufällig bekannt gewordenen Bericht des preussischen Reichskommissars Dr. Bracht, der kürzlich die Reichsregierung darauf aufmerksam machte, „daß sich die Fehlbeträge der Rechnungsjahre 1931 und 1932 restlos in einer Verschuldung der Kassen auswirken, die insbesondere in der Nichtablieferung von Staatssteuern und anderer fremder Gelder (wie z. B. Kirchensteuer, Versicherungsbeiträgen, Berufsgegenstandsbeträgen), in der Nichtzahlung von Kreis- und Provinzialumlagen, Anstaltspflegekosten und sonstigen Leistungen an übergeordnete Verbände, von Zins- und Tilgungsbeträgen, sowie von Handwerker- und Unternehmerrechnungen zutage tritt“. Dr. Bracht betont dann wei-

ter, daß bei den Gemeinden „sämtliche Fonds aufgebraucht worden“ sind, daß die Rückstände an nicht abgelieferten Staatssteuern von 61,7 Millionen Ende Mai auf 129,6 Millionen Ende August gestiegen und weiter im Wachstum begriffen sind und daß infolge des „praktischen Mißerfolges“ des Regierungserlasses „sogar die lokalen Aufsichtsbehörden genötigt waren, sich über die jetzigen Anordnungen der Zentralinstanzen einfach hinwegzusetzen, um den Gemeinden durch Freigabe hoher Beträge an Staatssteuern die Zahlung von Wohlfahrtsunterstützungen zwecks Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung vorläufig noch sicherzustellen.“ Dieser Alarmruf des preussischen Reichskommissars ist umso aufsehenerregender, weil er weiter betont, daß heute das Funktionieren des ganzen Staatsapparates in Frage gestellt sei, daß sogar durch den drohenden Zusammenbruch zahlreicher Gemeinden alle Wirtschaftsbelebungsmaßnahmen zunichte gemacht würden und daß sofortige Hilfe nötig wäre, um „unübersehbare politische Auswirkungen“ zu verhindern.

Dieser Ruf gibt natürlich zu denken. Gerade weil die Familien und die Gemeinden die wichtigsten Zellen des Staates bilden, gebührt einer geordneten Kommunalpolitik entsprechende Beachtung. Die seitens der Reichsregierung ursprünglich geplante Bevorzugung künftiger Steuererträge unterbleibt, weil zahlreiche Gemeinden die Staatssteuern überhaupt nicht abgibt und bereits selber verwendet haben. Die hierdurch verursachten Störungen des öffentlichen Finanz- und Verwaltungswesens sind derartig weitgehende, daß der Reichsregierung nichts anderes übrig bleibt, als einen vorläufigen Ausweg zu bahnen. Zu diesem Zweck soll auf dem Kreditwege etwa eine halbe Milliarde Mark den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Zwar soll diese Summe möglichst der Erteilung von kommunalen Aufträgen und der Beschäftigung von Erwerbslosen dienen; aber leider werden viele Gemeinden, um ihren Zusammenbruch zu verhindern, gezwungen sein, einen Teil dieser Ueberweisungen für die Abzahlung überfälliger Schulden zu verwenden, ebenso für die endliche Abführung rückständiger Staatssteuern. Letzteres ist umso notwendiger, weil die Reichs- und Staatskassen bereits mehrere hundert Millionen Mark Defizite aufweisen und daher auf den Eingang jener Rückstände geradezu angewiesen sind. Angesichts dieser trostlosen Finanzlage, ebenso im Hinblick darauf, daß der erwählte Zuschuß für die Gemeinden höchstens bis zum Frühjahr ausreicht, erscheint es notwendig, die chronische Unsicherheit — bekanntlich das schlimmste Aufbaumemnis — endlich durch eine großzügige Rettungsaktion zu beseitigen; denn alle kurzfristigen Maßnahmen erweisen sich letzten Endes doch nur als eine verhängnisvolle Verlängerung der Krise.

Aus dem Wahlkampf

Adolf Hitler sprach in Berlin zu 85 000 Nationalsozialisten. Er führte u. a. aus: Die deutsche Wirtschaft wird von dieser Regierung nicht gerettet werden. Eine große Hoffnung wird mit einer schweren Enttäuschung enden. Zwischen dem Denken der Regierung und unserem Denken besteht eine nicht zu überbrückende Kluft. Dieses Regiment muß zwangsläufig im Zusammenbruch enden. Wir müssen einen deutschen Staat aufbauen, der unerhörte seelische Kräfte mobil machen kann. Mein Wert liegt, so erklärte Hitler, darin, daß ich dem Deutschen Reich der Zukunft Millionen von Menschen gesammelt habe, die es sonst nicht hätte und ohne die es auch nicht bestehen kann. Was ich will, das ist die Führung. Sie zu beanspruchen habe ich ein Recht, kraft des Gutes, das ich mitbringe. Wer hat ein Recht davon zu sprechen, daß der Parlamentarismus überlebt sei? Nur der, der den Erlaß dafür geschaffen hat, und das sind wir.

In einer deutschnationalen Wahlkundgebung zu Koblenz erklärte der würdige Finanzminister Dr. Dehlinger: Außenpolitisch kämpfe man gegen die Fesseln des Versailles-

Vertrages und innenpolitisch gelte es, das Volk von den Fesseln des Nationalsozialismus frei zu machen.

In einer Wahlkundgebung der DVP. in Hildesheim erklärte Dr. Dingeldey, gerade die Mittelschichten des deutschen Bürgertums hätten alle Ursache, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Kabinetts Papen zu unterstützen, denn in diesem Programm werde dem Bürgertum die große Chance geboten, der freien Initiative des deutschen Menschen wieder zum Durchbruch zu verhelfen.

In einer Wahlkundgebung der Zentrumspartei sagte der frühere Reichskanzler Dr. Brüning, es bestehe die Gefahr, daß Deutschland durch die Kontingenzierungspolitik der Reichsregierung völlig isoliert werde. Das Zentrum müsse die Regierung beschwören, bessere Wege zu gehen, um die Krise zu beseitigen.

In einer Wahlversammlung der Deutschen Staatspartei in Dresden erklärte der ehemalige Reichsminister Dr. Dietrich, im nationalen Interesse dürfe die Arbeit der Regierung Papen nicht sabotiert werden, weil beim Scheitern dieser Politik das ganze deutsche Volk die Bege bezahlen müsse.

Millionen auf der Sandstraße

Roman von Anny v. Panhuys.

85. Fortsetzung Nachdruck verboten

Fredas Augen bligten übermütig. „Nacht es mir doch nach! Uebrigens werdet ihr später, als Joachims Schwägerinnen, allerlei Chancen haben. Woju seid ihr denn schön? Weil ich dir, wenn auch indirekt, meine allerbeste Idee verdante, werde ich dich immer am meisten protegiere.“ versprach sie großmütig.

„Ich peife auf deine Protektion.“ erwiderte Else ärgerlich.

Das großsprechertische Wesen der um ein Jahr jüngeren Schwester ärgerte sie immer wieder.

Sie erhob sich: „Ich höre mit noch lieber Vaters Gesang an als deine Progreieren.“

„Eines der bösesten Vaster auf Erden ist der Reid.“ sagte Freda mit spöttischem Pathos.

Else streckte ihr ganz ungeniert die Zunge heraus und im nächsten Augenblick befand sich Freda allein.

Sie rülte sich behaglich, fand es äußerst amüsant, von Else so sehr beneidet zu werden.

Immer kam es jetzt zwischen ihnen beiden zu kleinen Plänkereien, die aber nicht besonders ernst zu nehmen waren. Auf ihre Art hatten sich die sechs Schwestern gleich lieb und standen einander bei, wenn es darauf ankam.

Else betrat das Zimmer. Ihr Vater war eben mit der „Dore am Tore“ zum zweitenmal fertig geworden und als er Else sah, griff er ein paar Einleitungsakorde und sang dröhnend: „Was kommt dort von der Höh, was kommt dort dort von der Höh?“

Joachim erhob sich, ging ihr entgegen und legte den Arm um ihre Schultern.

„Mit welchem Enthusiasmus dich dein Vater begrüßt! Nicht wahr, von der Veranda hat man einen hübschen Gartensicht, mein Liebling? Wie gefällt dir übrigens die Farbe

der Korbmöbel? Wenn du einer anderen Farbe den Vorzug gibst, werde ich mich danach richten, mein Mädchen.“

Der Doktor ließ die Finger von den Tasten gleiten und drehte sich halb zu seiner Frau um, blinzelte ihr bedeutungsvoll zu.

Als ihm ihr Lächeln entgegenkam, sprang er auf, war im Nu an der Tür zur Veranda, winkte Freda herbei.

„Schnell, schnell, drinnen gibt es einen Hauptpaß!“

Schon befand sich Freda neben ihm und nun sah sie Joachim, der noch immer Elses Schultern umfaßt hielt und nicht begriff, was den Sanitätsrat zu so erregter Lustigkeit veranlagte, was Frau Leonores mühsam verhaltene Lust bedeutete und weshalb seine schöne Braut so stumm blieb und sich unter seiner Berührung scheinbar so unbehaglich fühlte.

Jetzt aber ward ihm auch die Lösung; gerade, als ihm das Verständnis aufdämmerte, daß er Else und Freda verwechselt hatte, wurde es ihm durch das Erscheinen Fredas bestätigt.

Im nächsten Moment stand Else allein und Joachim wandte sich mit etwas verlegenem Gesicht Freda entgegen.

„Kinder, ihr dürft euch fortan nicht mehr so völlig gleich kleiden, ihr habt gesehen, was das für Konsequenzen haben kann!“

Alle wüsten lachen und Frau Leonore erzählte ein paar Beispiele, wie man sogar in der Familie die beiden schon mehrmals verwechselt hätte, da auch der Klang der Stimmen fast übereinstimmte.

„Die zwei Jüngsten sind wie Zwillinge.“ sagte sie, „also Vorsicht, Joachim, große Vorsicht!“

Freda lachte laut auf und hob ihre linke Hand, an der ihr Verlobungsring sein buntes Juwelenfeuerwerk versprühte.

„Ich bitte dich, lieber Joachim, falls du deiner Sache einmal nicht ganz sicher bist, dir erst meine linke Hand zu betrachten. Wenn der schöne Ring nicht daran ist, bin ich es nicht!“

Man lachte wieder und Joachim lachte am vergnügtesten.

Dr. Silberding sprach in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung in Essen über den Plan der Reichsregierung zum Umbau der Verfassung. Er meinte, am Ende des Planes stehe die feste Absicht, die Monarchie in Deutschland wieder aufzurichten.

v. Gayl über den christlichen Staat

Berlin, 3. November. Am Mittwochabend fand in den Tennishallen in Berlin-Wilmersdorf eine Gustav-Adolf-Kundgebung statt. Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hielt dabei eine Rede, in der er u. a. ausführte: Es handelt sich heute um eine Gedächtnisfeier höherer und besonderer Art. Es gilt einer hundert Jahre währenden christlichen Liebesarbeit zu gedenken, die nicht nur durch ihren kirchlichen Erfolg, sondern fast ebenso sehr durch ihr Wirken für unser deutsches Volkstum ausgezeichnet ist. Evangelisches Christentum und Deutschtum, Bekenntnis zur christlichen Glaubensgemeinschaft und zu unserem Volk, stehen hier seit hundert Jahren nebeneinander und füreinander in gemeinsamer, fruchtbringender Arbeit.

Wir gedenken aber heute nicht nur des Gustav-Adolf-Vereins, sondern auch des Mannes, zu dessen Gedächtnis und Ehrung der Verein sich seinen Namen gegeben hat, des Königs Gustav Adolf von Schweden, der vor 300 Jahren auf deutscher Erde bei Lützen seine Ueberzeugung mit dem Selbsttod besiegelte. Es ist nun einmal so in der Welt, daß Männer die Geschichte machen, die sich rüchhaltig einsetzen für das als richtig erkannte Ziel bis zum Einsetzen ihres Lebens. Das Volk will wissen, daß seine führenden Männer jede Stunde bereit sind, sich persönlich einzusetzen. Im Lärm und in der widerlichen Hebe und Verdrehung, die heute in unserem öffentlichen Leben herrschen, steht diese Sehnsucht des Volkes nach Männern, die sich tatsächlich einsetzen, scheinbar im Hintergrund, oft zugunsten volkstümlich redender Demagogen. Dennoch besteht sie. Alle wirklich großen Führer eines Volkes oder einer Glaubensgemeinschaft sind Gottes Werkzeuge gewesen, gleichviel, ob sie sich dessen bewußt waren oder nicht. Gottes Wahl trifft aber nur solche Männer und gibt ihnen Erfolg, die erfüllt sind von tiefstem Verantwortungsgefühl vor einer höheren Macht.

Wir tragen wohl von allen Völkern dauernd die schwerste Last, weil für unser deutsches Volk zu den sozialen Gegensätzen, die in aller Welt fühlbar sind, noch die Bürde hinzukommt, die uns die bekenntnismäßige Trennung auferlegt. Ob wir Katholiken oder Protestanten sind, keiner von uns will und soll seine Glaubensüberzeugung aufgeben. Aber wir sind und bleiben doch ein Volk. Uns verbindet nicht nur das deutsche Blut, die deutsche Sprache und die zwangsläufige Verbundenheit zu einem im mitteleuropäischen Raum stets von allen Seiten angefeindeten Volk, sondern auch das gemeinsame Band christlichen Bekenntnisses und Fühlens. Deutschtum und Christentum sind nicht mehr voneinander zu trennen. Wir müssen einen christlichen Staat bilden, wenn wir der seelischen Not unserer Zeit Herr bleiben wollen. In ihm müssen Protestanten und Katholiken sich finden auf gemeinsamer Grundlage.

Ein politizierender General

Aktiver französischer General verurteilt die französische Außenpolitik.

In Nouen übte General Trousson, Befehlshaber des 3. Armeekorps, während einer Kundgebung ungewöhnlich scharfe Kritik an der französischen Außenpolitik. Frankreich habe, so erklärte der General, am Tage des Waffenstillstandes in Europa eine erstklassige Stellung gehabt, aber nach und nach verliere diese Stellung durch die Fehler und die Schwächen der französischen Politik immer mehr. Durch dauernde Zugeständnisse lasse man sich die aus dem französischen Siege herrührenden Rechte allmählich entgleiten. Niemals, auch nicht zur Zeit Wilhelms II., sei Frankreich mit größerer Verachtung behandelt worden als jetzt. Demgegenüber aber sei in Frankreich zunehmendes Sichgehenlassen, ja sogar Disziplinlosigkeit, festzustellen.

16.

Im Gärtchen des Doktorhauses verblühten die letzten Rosen, ihre zarten Blätter lagen verstreut auf den noch immer grünen Rasenbeeten und das üppige Strauchwerk war dünn geworden, der Herbst schlich sich immer näher heran.

Aber noch meinte es die Sonne gut und als Freda ihre weißseidenes Hochzeitskleid anzog, sah es draußen wie an einem klaren Frühlingstag aus.

Eine entzückende Braut war sie und entzückende Brautjungfern waren ihre Schwestern.

Die große Vorortkirche war gefüllt bis auf den letzten Platz, es war eine Sensation, die Hochzeit des jüngsten Järgergirls.

Hätte man aber auch je so etwas erlebt?

Da trat eine Braut vor den Altar und sah genau so aus wie ihre fünf Brautjungfern, und jede von ihnen hätte äußerlich die Braut ersehen können.

Eine schnurrige Geschichte, dachte der alte Bürodiener Mierisch, der auch in der Kirche saß. Ihm wäre bestimmt unheimlich zu Mute gewesen, wenn seine Frau so viele Ebenbilder gehabt, als er sie geheiratet.

Freda war sehr glücklich. Nun hieß sie Freda Markus, nun gehörte ihr Joachims Reichtum ebenfalls, ganz regelmäßig gehörte er ihr. Nun durfte sie sich alle ihre Wünsche, und es gab deren eine Menge, erfüllen und alle ihre Leuten befriedigen.

Im Frühjahr ging für Joachim das Trauerjahr zu Ende, dann würde sie das Leben in großem Stil beginnen, so wie es ihr vorschwebte.

Die Hochzeitsreise sollte nach der Schweiz gehen, Joachim Markus konnte nicht lange fort, wichtige Arbeiten warteten auf ihn.

Man saß an der Festtafel und feierte, der Trauer wegen, im engsten Familienkreise.

Für viele Gäste wäre das kleine Doktorhaus auch zu eng gewesen.

Otto Jäger war bereits auf dem Gipfelpunkt der Seligkeit angelangt durch den guten Sekt, den Joachim gestiftet.

Veteranen-Berein 1870/1914 Calw



Unser Ehrenmitglied

Altveteran Fr. Christ

ist gestorben.

Beerdigung Samstag nachm. 2 Uhr.

Es ist Ehrenpflicht der Mitglieder, vollzählig unserem alten Kameraden das letzte Geleit zu geben.

Sammlung 1.30 Uhr bei der Fahne.

Vorstand: Walter.

Rötenbach, den 4. November 1932.

Dankjagung



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Heimgang unserer lieben Mutter

Barbara Hammann

erfahren durften, sagen wir auf diesem Wege unser herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir dem Herrn Stadtpfarrer Müller für die trostreichen Worte am Grabe, für die liebevolle Pflege im Krankenhaus, dem Gemischten Chor, dem Posaunenchor, den Herren Ehrenträgern, für die vielen Kranz- und Blumen spenden, sowie allen Teilnehmenden von nah und fern, die die Entschlafene zur letzten Ruhe stätte begleiteten.

Im Namen der Leidtragenden:

der Gatte: Johann Georg Hammann.

Gustav-Adolf-Feier

Montag, den 7. Nov.

Anfang 4 und 8 Uhr

im Hotel Badischer Hof

Reformations-

Festspiel auführung

Gustav-

Adolf

(Unter Mitwirkung der

Evangel. Landesbühne)

Num. Platz RM. 1.-

Saalplatz 75 Pfg.

Schüler nachm. 20 Pfg.

Vorverkauf: in der Buch-

handlung Ernst Kirchherr

Badstraße

und ab 3 und 7 Uhr an der

Tageskasse.

Mehrere

Kanarien-

Hähne

feinste Sänger

Stück M 5.-,

sowie

Zuchtweibchen

Stück M 1.-

verkauft

Chr. Kentschler

Altburg, Hauptstraße 62

Sie schädigen

sich selbst,

wenn Sie eine Zeitung

halten, die nicht in der

Lage ist, Sie mit den

Wirtschaftsfragen auf

dem Laufenden zu

halten, die für Sie und

Ihre Wirtschaft in Be-

tracht kommen.

Vor Schaden

bewahren Sie sich,

wenn Sie eine Zeitung

lesen, die ein genaues

Spiegelbild des gesamen

Wirtschaftslebens

des Bezirks gibt. Dar-

um bestellen Sie das

Calwer Tagblatt,

das Sie über alle Vor-

kommnisse im Bezirk

unterrichtet.

Abenarius-

Carbolineum

Carl Serva

Sprechsprecher 120

Veteranen - Verein 1870 1914 Calw

Am Sonntag, den

6. November, nachmitt.

von 4 Uhr ab

Monats-

Bersammlung

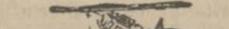
bei Kamerad Ziegler zum

"Rebstock". Wichtige

Tagesordnung. Zahlreich.

Erscheinen erwünscht.

Der Ausschuß.



Alle Freunde und Gönner

des Segelungsports treffen

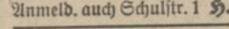
sich am Montag, 7. Nov.,

abds. 8 Uhr in d. "Sonne"

betr. Gründung einer

Flug- u. Arbeitsgruppe

Anmeld. auch Schulstr. 1 H.



Zur

guten Gesundheit gehört

auch unbedingt eine regel-

mäßige

Darminreinigung

Will man zu diesem Zweck

ein Mittel haben, an das

sich der Körper nicht ge-

wöhnt,

nimm!

man am besten ein reines

Naturprodukt, mit dem

man

eine stets gleichgute Wir-

kung erzielt. Sie tun be-

stimmt!

um helfen

wenn Sie zu diesem Zweck

zu dem viel gelobten

Natur-

Schilfkrautöl

greifen. In Apotheken, Dro-

gerien und Reformhäusern

schon zum Preise ab

27 Pfennige erhältlich.

Nada-Werk-München 13

Bestimmt zu haben:

Reformhaus

Pfeiffer, Badstr.

Verkaufe ein 2stöckiges

neuerbautes

Wohnhaus

mit angebaute

Stall u. Scheuer, sowie einige

Morgen Felber.

(auch ohne Stall und Felber)

in der nächsten Nähe v. Calw.

Wer, sagt die Geschäfts-

stelle dieses Blattes.

Bürger heraus!

Bürger, die sich getroffen fühlen, fallen unter den Ausdruck

„Feiges Bürgerpack“

— sehr hübsch — mit anderen Worten:

Leute, die an die göttliche Sendung eines Hitler nicht glauben,

Leute, die auf Leistungen mehr geben als auf „dürre“ Worte,

Leute, denen Begriffe wie national und sozial nicht bloße Mittel zum Zweck sind.



Nützen Sie die billigen Angebote unseres 60. November-Winter-Waren-Verkaufs!

Dieser elegante **Damen-Mantel** aus modern. Crinolin, ganz gefüttert, mit groß. Armel, besonders leicht im Schnitt, kostet **nur 29.75**

Das dazu passende ferche **Damen-Hut** in der sezichneten interes-santen Verarbeitung, ein wirk-liches Gedicht kostet **nur 4.50**

ferner bieten wir Ihnen einen großen Gelegenheitsposten **Kinder-Mäntel** ohne Schultertragen aus Velour und endlich ge-musterten Stoffen m. Satinluster an, für 6-12-Jährige für **nur 6.90**

KNOPF

Pforzheim Schriftliche und telefonische Bestellungen werden prompt erledigt und die gekauften Waren kostenlos durch unser Auto zugestellt

Vertrauenswürdige, tüchtige **Herren** als Bezirksvertreter für gut eingeführte Zwecksparkasse für den dortigen Bezirk **ge sucht.** Gest. Angebote unter S. L. 6162 an **Hla Haafen-stein & Vogler, Stuttgart.**

Schirme werden **gut und billig repariert** **J. Eberhard, Calw**



Turnverein Calw v. 1846 e.V.

Zu dem am Samstag, den 5. November, abends 8 Uhr im Badischen Hof stattfindenden

Familienabend

werden unsere Mitglieder mit Angehörigen freundlich eingeladen / Anfang präzis 8¹⁵ Uhr **DER TURNRAT**

Restaurant Schlanderer

hält **Samstag und Sonntag** sein bekanntes

Rehessen mit Spätzle

wozu höflichst einladet

Oskar Schlanderer und Frau



Gasthof und Café zur Schwane, Calw

Inhaber: Otto Krebsler

Samstag und Sonntag Schlachtplatte sowie Rehbraten mit Spätzle

Unterhaugstett

Am Sonntag findet im Gasthaus zur „Schwane“

Tanz-Unterhaltung

statt, ausgeführt von der Musikkapelle Neuhengstett. Es laden freundlich ein

die Kapelle der Besitzer

Kurhaus Maisenbacher-Sägmühle

Am Sonntag ab 3 Uhr

Konzert

Besitzer: Karl Weber

Verkaufe im Auftrag **1 Bettrost samt Bettlade** **1 Bettrost einzeln** **1 Krautstange** alles gut erhalten **Ernst Widmaier, Markt 3**

Guterhaltenes kleines **Zimmerbuffett** zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäfts-stelle dieses Blattes.

Wahl-Druckfachen

aller Art, wie: Flugblätter, Handzettel, Wahl-Zeitungen, Plakate versch. Größen liefert schnellstens die Druckerei ds. Bl.